

Russische und US-Medien berichten über geheime Gespräche der Regierung Trump mit dem Enkel Raúl Castros. Präsident Wladimir Putin wird sich nicht auf das Wagnis einlassen, das Präsident Donald Trump rund um Kuba eingegangen ist, und die russische Marine damit beauftragen, unter russischer Flagge fahrende Tanker zu eskortieren, die Rohöl und Erdölprodukte nach Havanna liefern. Von **John Helmer**. Übersetzung: **Rico Espinoza**.

Als Kubas Außenminister Bruno Rodríguez Parrilla im Kreml zu Gesprächen zusammentraf, bat er um „eine nachdrücklich demonstrierte Solidarität Ihrerseits, der russischen Regierung und des Außenministers angesichts der immer enger werdenden Blockade gegen Kuba und der jüngsten energiepolitischen Belagerung“. Putin entgegnete: „Genug ist genug.“

Er machte damit deutlich, dass Solidarität mit Kuba das eine sei, nicht jedoch um den Preis einer militärischen Auseinandersetzung mit der Regierung Trump und ihren Seestreitkräften in der Karibik.

Das sei eher der Ton Michail Gorbatschows als der Nikita Chruschtschows, hieß es beim kremlnahen sicherheitspolitischen Analyseportal *Vzglyad*.

„Bitte richten Sie dem Präsidenten von Kuba und dem Armeegeneral [Raúl] Castro meine besten Wünsche aus“, erklärte Putin gegenüber dem Außenminister. „In diesem Jahr gedenken wir gemeinsam des hundertjährigen Jubiläums der Geburt Fidel Castros.“

Es ist nicht das erste Mal, dass Putin sagte, es gebe nichts als historische Erinnerung, die Kuba und Russland teilen, und dass er Russlands Militärstützpunkte auf Kuba gegen wirtschaftliche Interessen mit den USA eintauschen würde. In einem Treffen mit Präsident George W. Bush am 21. Oktober 2001 erklärte sich Putin bereit, die russische Militäargeheimdienstbasis in Kuba aufzulösen. „Ich will hier nicht feilschen oder um jeden Cent streiten oder darüber diskutieren, wer was bekommt“, sagte Putin zu Bush in einem kürzlich freigegebenen Gesprächsvermerk. Genau das tat Putin am Ende – doch der Handel scheiterte, weil Bush nicht entgegenkam.

Bei seinem Treffen mit Rodríguez sprach Außenminister Sergej Lawrow öffentlich klarer über das, was die russische Linie bedeutet. „Wir rufen die USA auf, Vernunft zu zeigen und verantwortungsvoll zu handeln“, sagte er. „Und ihre Pläne für eine Seeblockade der Insel der Freiheit nicht umzusetzen. Wir weisen die weit hergeholten Behauptungen über Russland und Kuba sowie deren Zusammenarbeit entschieden zurück, wonach diese angeblich die Interessen der USA oder anderer Länder bedrohe. Alle Streitfragen sollten ausschließlich durch Dialog auf der Grundlage gegenseitigen Respekts und einer

ausgewogenen Abwägung der jeweiligen Interessen beigelegt werden. Wir wissen, dass unsere kubanischen Freunde stets zu ehrlichen Verhandlungen bereit sind. Wir werden von unserer Seite aus Kuba und das kubanische Volk weiterhin konsequent beim Schutz ihrer Souveränität und der Sicherheit des Landes unterstützen.“

„Ich möchte unsere uneingeschränkte Solidarität mit unseren kubanischen Freunden bekräftigen. Ich teile voll und ganz die Einschätzungen zu unseren Beziehungen und unserer strategischen Partnerschaft, die Sie [Rodríguez] geäußert haben. Zugleich möchte ich erneut betonen, dass die Maßnahmen der USA, die, wie Sie soeben in Erinnerung gerufen haben, Kuba per Dekret als Bedrohung für die nationale Sicherheit der USA eingestuft haben, völlig inakzeptabel sind. In diesem Dokument heißt es außerdem, diese angebliche Bedrohung werde durch Kubas Zusammenarbeit mit Russland verschärft, das dort als ‘feindlicher’ und ‘böser’ Akteur bezeichnet wird. Wir sind überzeugt, dass alle Staaten ihre nationalen Interessen so definieren sollten, dass sie auch die nationalen Interessen anderer Länder anerkennen und respektieren.“

Zwischen den Zeilen, die sowohl Lawrow als auch Rodríguez als ironisch und falsch erkennen, lautet die russische Botschaft an die Castro-Familie, dass sie mit der Trump-Regierung die bestmöglichen Bedingungen aushandeln soll. Und an die Trump-Familie sowie an die Familie des Außenministers Marco Rubio lautet die Botschaft, dass sie die Blockade der Insel ohne russische militärische Gegenmaßnahmen fortsetzen können, bis Kuba den US-Bedingungen zustimmt.

In Putins Verweisen auf Fidel und Raúl Castro deutete er auf eine russische Unterstützung für Raúl Guillermo Rodríguez Castro hin, den Enkel von Raúl, auch „Raulito“ genannt, und auf seine halbgeheimen Gespräche mit Rubio. Details dieser Gespräche „für die nächste Delcy in Kuba“ wurden von [Axios](#) zeitgleich mit den Treffen des Außenministers in Moskau veröffentlicht. Der *Miami Herald* bestätigte die Angaben unter Berufung auf eine „mit der Angelegenheit vertraute Quelle, die anonym bleiben wollte, um über dieses sensible Thema zu sprechen“.

In der Wiederholung dieser Details, um zu bestätigen, dass der russische Geheimdienst den Axios-Bericht für zutreffend hält, [kommentierte](#) Vzglyad in einem Leitartikel, dass Russland der kubanischen Regierung nahelege, die „Delcy-Lösung“ zu akzeptieren, solange es keine US-Invasion auf Kuba gebe. „Die mögliche Unterstützung, die befreundete Länder, vor allem Russland und China, Kuba bieten können, ist äußerst wichtig“, schrieb Jewgeni

Krutikow. „Selbst wenn wir davon ausgehen, dass ein Regimewechsel unvermeidlich ist, muss in jedem Fall sichergestellt werden, dass er schmerzlos und sicher vonstattengeht.“

Es folgt die Übersetzung des genannten Artikels von Vzglyad, der ursprünglich auf Russisch von Evgeny Krutikov [verfasst](#) wurde. Krutikov ist ein ehemaliger Agent des russischen Militärgeheimdienstes GRU und Enkel eines sowjetischen Handelskommissars. Die englische Version erschien als Teil des hier übersetzten Beitrags von MR-Online:

Die US-amerikanischen Medien behaupten, dass die USA heimlich mit einem der Enkelkinder von Raúl Castro über die „Zukunft Kubas diskutieren“. Wer ist dieser Mann, welche Ziele verfolgt Washington bei solchen geheimen Verhandlungen, und warum ist es wahrscheinlich, dass der Versuch des Weißen Hauses, einen „kubanischen Gorbatschow“ zu finden, scheitert?

US-Außenminister Marco Rubio führt laut US-amerikanischen Medien geheime Gespräche mit Guillermo Rodríguez Castro, dem Enkel und Leibwächter des ehemaligen kubanischen Präsidenten Raúl Castro. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Gespräche unter Umgehung der offiziellen Kanäle der kubanischen Regierung stattfinden und zeigen, dass die Regierung von US-Präsident Donald Trump den betagten Raúl Castro für denjenigen hält, der tatsächlich die Entscheidungen auf der Insel trifft.

Gerüchte über diese Gespräche tauchten kurz nach dem US-Angriff auf Venezuela und der Entführung von Nicolás Maduro auf. Viele Experten sehen Kuba als nächstes Ziel Washingtons. Das „Kuba-Problem“ in den USA fällt in den Zuständigkeitsbereich des Außenministers Marco Rubio. Er stammt aus einer Familie kubanischer Einwanderer der „alten“ Welle, die vor der Revolution nach Florida kamen.

Auch Mario Díaz-Balart, ein Abgeordneter aus Florida und Neffe der ersten Ehefrau Fidel Castros, verfügt ebenfalls über beträchtlichen Einfluss. Sein älterer Bruder, Lincoln Díaz-Balart, war langjähriger Abgeordneter des US-Repräsentantenhauses aus Florida.

Quellen des Portals *Axios* glauben, es gehe weniger um „Verhandlungen“ als um eine „Diskussion über die Zukunft“. Die USA bestehen darauf, dass sich das politische System in Kuba ändern müsse. Unklar ist jedoch, wie das geschehen soll und was auf einen solchen Regimewechsel folgen würde, falls er in irgendeiner Form stattfinden sollte. Es wird angenommen, dass Donald Trump zwar noch keine Entscheidung getroffen hat. Er selbst jedoch versichert, dass eine Militäraktion gegen Kuba nicht notwendig sei. Außerdem gebe es in Havanna keine bestimmte Person, die bei Trump die gleiche Abneigung wie Maduro hervorrufen würde und durch deren Entführung oder Beseitigung der US-amerikanische

Präsident das „Problem“ für sich lösen könnte.

Bisher setzt Washington auf eine wirtschaftliche, finanzielle und energiepolitische Strangulierung Kubas, während es gleichzeitig komplexe Verhandlungsspiele hinter den Kulissen zur berüchtigten „Diskussion über die Zukunft“ beginnt. Es gibt Grund zu der Annahme, dass sich diese Strategie mittelfristig als vorteilhaft erweisen könnte und der „Countdown“ für Kuba somit bereits begonnen hat.

Gleichzeitig kann Castro junior, wenn auch Lieblingsenkel Raúls, kaum als politische Figur des Übergangs betrachtet werden. In Kuba ist er kaum bekannt und verfügt über keine politische oder Führungserfahrung. Er gehört weder dem Zentralkomitee der Partei noch dem Parlament an und und bekleidet nicht einmal ein hochrangiges Amt.

Allerdings steht er dem militärisch-industriellen Konglomerat Gaesa [Grupo de Administración Empresarial S.A.] nahe. Und in Kuba ist dies weit mehr als nur ein militärisch-industrieller Komplex. Als Teil der Revolutionären Streitkräfte Kubas kontrolliert Gaesa bis zu 37 Prozent des kubanischen Bruttoinlandsprodukts, unter anderem über die Gaviota-Gruppe, den staatlichen Tourismussektor – den wichtigsten Wirtschaftszweig des Landes – sowie über den Außenhandel, das Bankwesen und den Einzelhandel. Möglicherweise glaubt Washington deshalb, dass Castro Junior dem Unternehmertum zugeneigt ist, was in den USA als Tugend gilt und als Grundlage für den Beginn einer großen Freundschaft angesehen wird.

In naher Zukunft dürfte es um die Suche nach einer Übergangsfigur innerhalb der Führung der Kommunistischen Partei gehen, die bekannter ist als Castro junior und geeignet erscheint, die Rolle eines „kubanischen Gorbatschow“ zu übernehmen. Castro junior könnte dabei im Hintergrund stehen, als Garantie dafür, dass die Vereinigten Staaten nicht physisch in die Ereignisse in Kuba eingreifen.

Hier lässt sich nicht einmal die „Option Venezuela“ erkennen, sondern vielmehr die Strategie Washingtons gegenüber der Sowjetunion in den achtziger Jahren.

Insgesamt erinnert die Lage in Kuba an die letzten Jahre der Sowjetunion – sowohl in Bezug auf die Wirtschaft als auch auf die Ideologie und die sozialen Verhältnisse. Abgesehen von der Desintegration des Landes in nationale „Einheiten“, die Kuba so nicht hat, ist die Entwicklungsvorhersage leider mehr oder weniger dieselbe.

Die Wirtschafts- und Konsumkrise ist eine sich anbahnende Katastrophe. Die Generation, die mit revolutionären Ideen aufgewachsen ist, ist mittlerweile auf natürliche Weise

verschwunden und es gibt keine Anhaltspunkte zu der Annahme, dass die kubanische Armee einem US-Angriff in wirksamer Weise widerstehen könnte.

Trotzdem kann die Option einer militärischen Invasion fast vollständig ausgeschlossen werden. Tatsächlich lässt sich hier auch eine weitere direkte Analogie zur Krise der Sowjetunion ziehen. Die kubanische Bevölkerung scheint moralisch bereit für Veränderungen, aber nur unter Wahrung der eigenen Würde. Vom Standpunkt der kubanischen Eliten sind Verhandlungen mit den USA, auch weitreichende Zugeständnisse, möglich, solange sie mit Washington auf Augenhöhe geführt werden und nicht aus der Position der Gedeimigten und Besiegten heraus.

Politische Veränderungen, wirtschaftliche Reformen und eine Normalisierung der Beziehungen zu den USA können nicht auf Kosten der nationalen Erniedrigung erreicht werden. Die Kubaner mögen bereit sein, Ideologie, Regierung und Regime abzulegen, aber sie sind keineswegs darauf erpicht, ihr eigenes Land vollständig zu zerstören, wie es unter den Sowjetbürgern in den achtziger Jahren weit verbreitet war.

Möglicherweise werden Reformen von Vertretern der Armee, des Gaesa-Konzerns und der Sicherheitsdienste angeführt, die sich vielleicht besser als viele andere darüber im Klaren sind, was gerade geschieht und wohin dies führen kann. Teile dieser militärischen und geheimdienstlichen Eliten sind bereits im Wirtschaftssektor tätig, was die Grundlage für den Wandel des Landes bilden könnte, ohne grundlegende soziale Errungenschaften wie kostenlose Bildung und Gesundheitsversorgung aufzugeben.

In diesem Zusammenhang ist die mögliche Unterstützung, die befreundete Länder, vor allem Russland und China, Kuba bieten können, äußerst wichtig. „Selbst wenn wir davon ausgehen, dass ein Regimewechsel unvermeidlich ist, muss in jedem Fall sichergestellt werden, dass er schmerzlos und sicher vonstattengeht.“

Bemerkenswert in diesem Zusammenhang ist der jüngste Besuch des russischen Innenministers Wladimir Kolokoltsev in Havanna. Er besprach dort „aktuelle Fragen der Kriminalitätsbekämpfung“ mit zuständigen Vertretern der Insel. Beide Seiten bewerteten zudem den Stand und die Perspektiven der Zusammenarbeit im Bereich der Strafverfolgung. Dabei sollte man berücksichtigen, dass in Kuba das Innenministerium fast alle Sonderdienste außer dem Auslandsgeheimdienst in sich vereint – es handelt sich also um eine Superbehörde, die für alle Sicherheitsbereiche zuständig ist, nicht nur für die Kriminalpolizei. Und die russische Erfahrung ist hier sicherlich nicht von Nachteil.

Die Kubaner müssen aus dem Zusammenbruch der Sowjetunion eine weitere Lehre ziehen.

Würde eines der Instrumente eines Wandels des politischen Systems in Kuba die vollständige Aufgabe der staatlichen Wirtschaft und die Diskreditierung der Sicherheitskräfte sein, würde das Land schnell in denselben Zustand zurückfallen, in dem Russland in den neunziger Jahren war. Ein erheblicher Teil der Wirtschaft würde in die Hände von Untergrundhändlern und Kriminellen fallen. Auf den Straßen würde es viele Bewaffnete geben, Banden würden entstehen. Kuba könnte in das typische kriminelle Chaos Lateinamerikas abrutschen, das weder das Vertrauen der kubanischen Bevölkerung in die USA noch in diejenigen, die diese Reformen durchführen, erheblich stärken würde.

Jede Intervention würde die kubanische Gesellschaft nur zusammenschweißen. Deshalb betont Präsident Trump, dass es keine Pläne für einen militärischen Sturz des herrschenden Systems in Havanna gibt. Der Hass auf Interventionisten und „Gringos“ würde für die Kubaner wichtiger sein als leere Ladenregale. Das Weiße Haus versucht vielmehr, eine Spaltung innerhalb der kubanischen Eliten herbeizuführen, insbesondere unter jenen, die einer Annäherung an die USA offen gegenüberstehen, möglicherweise auch aus persönlichem Gewinnstreben. Dabei geht es nicht unbedingt um Geld, sondern um Karriere, einen Namen und den Ruhm als „neuer Gorbatschow“. Der Preis für diese Karriere wäre die neue Errichtung eines US-amerikanischen Protektorats über Kuba.

Wir wagen es jedoch, anzunehmen, dass es unmöglich sein wird, einen „kubanischen Gorbatschow“ in vergleichbarer Form zu finden. Für die Kubaner ist ihr Selbstverständnis eng mit der revolutionären Ideologie verbunden. Das sowjetische Volk trennte sich vom Sozialismus, aber der kubanische Sozialismus ist Teil der nationalen Identität.

Die Revolution, die Fidel Castro an die Macht brachte, war nicht in erster Linie eine kommunistische oder sowjetische Revolution, sondern das Ergebnis des Kampfes der Kubaner um nationale Unabhängigkeit von amerikanischer Unterdrückung. Selbst der Zusammenbruch der kommunistischen Ideologie kann daran nichts ändern. Wer auch immer an der Macht ist, wird zwangsläufig die Unabhängigkeit der Insel in der einen oder anderen Form verteidigen und damit Kubas Status als Insel der Freiheit bewahren.

John Helmer, geboren 1946 in Australien, lebt seit 1989 in Moskau und arbeitet seitdem als westlicher Auslandskorrespondent über Russland. Er führt ein eigenes, unabhängiges Büro.

Dieser Artikel erschien zuerst auf [Amerika21](#).

Titelbild: em_concepts / Shutterstock